



Vorsitz: Sebastian Wuwer

Telefon: 0176 22 9999 05

Mail: sebastian.wuwer@spd-stadtbezirk7.de

25. Juni 2015

„Richtige Weichen für Gerresheimer Süden gestellt“

Die SPD im Stadtbezirk 7 hat positiv auf den am Donnerstag erfolgten Beschluss des Düsseldorfer Rates zur Verkehrserschließung des neuen Glasmacherviertels reagiert. „Wir freuen uns, dass nun die richtigen Weichen für eine zukunftsweisende und vernünftige Verkehrsplanung im Gerresheimer Süden gestellt sind“, erklärten Ratsfrau Helga Leibauer, BV-Fraktionssprecherin Elke Fobbe und der SPD-Vorsitzende im Stadtbezirk 7, Sebastian Wuwer.

Erleichtert zeigten sich die Sozialdemokraten, dass der durchgängig vierspurige Ausbau der L 404n entlang der Bahngleise mit dem Bedarfsbeschluss nun aufgegeben wurde. „Die alten CDU-Pläne zum Bau einer Stadtautobahn, die zusätzliche Automassen angezogen, das südliche Gerresheim zerschnitten und die Anwohner weiter belastet hätten, sind nun endlich vom Tisch“, so Leibauer, Fobbe und Wuwer in ihrer gemeinsamen Erklärung. Ebenso zeigten sich die SPD-Politiker zufrieden, dass es nun gelungen sei, einen ursprünglich durch die Verwaltung vorgesehenen Eingriff in die Kleingartenanlage „Im Brühl“ abzuwenden.

„Der nun gefasste Beschluss für das Glasmacherviertel ist Ausdruck einer modernen Verkehrs- und Stadtentwicklungsplanung, die nicht mehr allein auf den Autoverkehr setzt sondern auch alternative Verkehrsmittel im Blick hat“, so die SPD-Politiker. Sie lobten, dass die Planung nun auch eine Verlängerung der Straßenbahnlinie 703, der zukünftigen U 73, nach Westen und damit einen Schienenanschluss für das Glasmacherviertel ermögliche. Ebenso planbar sei nun auch ein Radschnellweg nach Erkrath und es bestehe die Möglichkeit, über eine neue Straßenbahnlinie über den Hellweg und die Dreherstraße ins Glasmacherviertel nachzudenken.

Im weiteren Planungsverfahren komme es nun darauf an, die neu entstehenden Verkehrsknotenpunkte bedarfsgerecht auszugestalten, beispielsweise auch durch Kreisverkehre. „Wir begrüßen es sehr, dass die Verwaltung mit der Politik vor Ort im Gespräch bleiben wird, um noch offene Detailfragen abzustimmen“, so Leibauer, Fobbe und Wuwer.
